

GERECHTIGKEIT

ZWISCHENRUF ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017



EUROPÄISCHER FORTSCHRITT

VERNETZTE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

VON

PROFESSOR DR. WINFRIED BÖTTCHER

PROFESSOR DR. PAUL WELFENS

NEUE ANREGUNGEN FÜR ALLE:

Für eine zukunftsfähige Demokratie und eine nachhaltige Marktwirtschaft im Zeitalter von Globalisierung, Digitalisierung, Klimadruck...

- Ausbalancierung als Teil von Gerechtigkeitskonzepten – auch von Rawls
- Energisch werben für ein handlungsfähigeres Europa
- In Bester Gesellschaft bei einer “Vernetzten Sozialen Marktwirtschaft

ZWISCHENRUF ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

Die Menschen in Deutschland und den westlichen Industrieländern sorgen sich um Wohlstand sowie Stabilität und Glaubwürdigkeit wichtiger Institutionen in einer zunehmend unübersichtlicheren Welt. Hierbei stellen sich als Eckpunkte des öffentlichen Diskurses, auch und besonders im Hinblick auf die zukünftige Bundesregierung, im Dreiklang heraus

GERECHTIGKEIT - EUROPA - SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Auf diesen drei Pfeilern ruhen Wohlstand und Zuversicht in Deutschland. Auch in der internationalen Zusammenarbeit sollte dieser Dreiklang eine zunehmend größere Rolle spielen.

GERECHTIGKEIT - aber welche?

Es gibt nicht die Gerechtigkeit.

Wenn wir über Gerechtigkeit in der bundesrepublikanischen Gesellschaft diskutieren, müssen wir zwischen unterschiedlichen Arten von Gerechtigkeit differenzieren. Dadurch wird der Vorwurf, es gehe in unserer Gesellschaft nicht gerecht zu, ganz konkret.

In gebotener Kürze haben wir den allgemeinen Gerechtigkeitsbegriff an vier Beispielen konkretisiert. Exemplarisch können wir dadurch aufzeigen, wo fehlende Gerechtigkeit den für jede Gesellschaft notwendigen Zusammenhalt gefährdet. Die vier ausgewählten Beispiele sind:

Bildungsgerechtigkeit - Verteilungsgerechtigkeit - Steuergerechtigkeit - Generationengerechtigkeit

Die Ausschöpfung der Potenziale jeder und jedes einzelnen ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Politik. Nur mit Bildung wird Teilhabegerechtigkeit am gesellschaftlichen Leben in all seinen Schattierungen erst möglich.

Da Bildung aber im Wesentlichen Ländersache ist, kann der Bund nur begrenzt eingreifen. Die Forderung muss sein, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden eine Art Bildungspakt abzuschließen. Dort hätte dann der Bund ein gewisses Mitspracherecht und könnte sich somit stärker finanziell an den Bildungsaufgaben beteiligen, denn die Bildungsanforderungen sind in der Bundesrepublik Deutschland chronisch unterfinanziert.

Neben der notwendigen Forderung gebührenfreier Bildungsangebote von der Kita bis zur Uni müsste ein solcher Bildungspakt mittelfristig folgende Defizite beseitigen:

- > nach wie vor beeinflusst die soziale Herkunft die Bildungskarriere junger Menschen;
- > nach wie vor wird der frühkindlichen Erziehung, insbesondere für Bildungsbenachteiligte nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt;

- > nach wie vor verlassen zu viele Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss und beginnen schon gar nicht eine Berufsausbildung (1.4 Millionen junge Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung);
- > nach wie vor besteht kein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Ganztagschule; wird das jetzige Tempo des Ausbaus beibehalten, wird es noch Jahrzehnte dauern, bis alle Kinder einen Platz erhalten;
- > nach wie vor ist die vollkommene Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung nicht gewährleistet;
- > nach wie vor ist die Schüler-Lehrer-Relation, insbesondere in Klassen mit hohem Ausländeranteil oder auch für die Inklusion unverträglich hoch;
- > ein ganz besonderes Augenmerk ist auf überproportionale Weiterbildungsprogramme für Langzeitarbeitslose und für ungelernte Arbeitnehmer zu richten neben der Weiterbildung für Qualifizierte, um z. B. die Digitalisierung sozial zu bewältigen

Verteilungsgerechtigkeit

"Alle sozialen Werte - Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung - sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht". (Rawls, 83)

Wenn alle gleich behandelt werden, vergrößert dies die Nachteile für die sowieso schon Benachteiligten. Zurückgebliebene müssen auf Kosten der bisher Bevorzugten überproportional behandelt werden. So wären zum Beispiel Geringverdiener bei einer Lohnerhöhung zeitweise prozentual stärker zu berücksichtigen als Personen höherer Einkommen. Der Einwand, dies verletze den Gleichheitsgrundsatz greift deshalb nicht, weil die Ausgangssituation nicht gleich, sondern ungleich ist und jede gleichmäßige Lohnerhöhung für alle Einkommensgruppen tendenziell die Ungleichheit verfestigt.

Will man wirklich die Ungleichheit in einer Gesellschaft minimieren, muss man die von allen erwirtschafteten Güter ungleich verteilen. Nur Gleiche können gleich, Ungleiche müssen ungleich mit dem Ziel einer Annäherung an die Gleichen behandelt werden.

Gelingen wird dies nur, wenn wir die Forderung Aristoteles' beherzigen, Ethik, Politik und Ökonomie zu vereinen.

Steuergerechtigkeit

Der/die einzelne in der Gesellschaft muss zur Erhaltung seiner/ihrer Existenz und zur Erfüllung notwendiger der Allgemeinheit betreffender Aufgaben einen angemessenen Beitrag leisten. Dieser Beitrag muss den Möglichkeiten der einzelnen angepasst sein. Sich den notwendigen Leistungen und Lasten zu entziehen, ist inakzeptabel.

Ein Beispiel dafür, dass die jetzige Regierung bisher nur halbherzig angepackt hat, ist die nationale und internationale Steuerhinterziehung. Eine neue Regierung müsste konsequent die Steuerhinterziehung bekämpfen. Hier könnten Milliarden zusätzliche Einnahmen entstehen.

Da die Mehrwertsteuer den größten Teil der Einnahmen noch vor der Einkommensteuer ausmacht, hätte eine Mehrwertsteuersenkung auch den größten Effekt für eine Entlastung, insbesondere für die Menschen mit geringerem Einkommen.

Generationengerechtigkeit

Die jetzige verantwortliche Generation hat die Ansprüche der Nachfolgenerationen zu berücksichtigen. Hierbei müssen die langfristigen Aussichten der am wenigsten Bevorzugten der Gesellschaft zum Maßstab der Generationengerechtigkeit gemacht werden. Die heute lebende Generation darf keinesfalls so ungehemmt konsumieren, dass kein "gerechter Spargrundsatz" (Rawls, 318) aufgebaut werden kann. Ohne einen solchen Spargrundsatz kann die jetzige Generation die berechtigten Ansprüche der nachfolgenden nicht erfüllen. Dieser Spargrundsatz, der im Konsens unter den derzeit Lebenden beschlossen wird, muss eine faire Lastenverteilung berücksichtigen. Ein solcher Generationenvertrag ist dringend geboten und muss von einer neuen Regierung im gesellschaftlichen Diskurs unverzüglich erarbeitet werden.

Wie will man den Jungen Menschen heute erklären, dass bei einer Rückzahlung von 0.7 Prozent der Schulden wie im Jahre 2016 es fast 143 Jahre dauern würde, bis die 2006 Milliarden aufgehäuften Schulden beglichen wären?

Wie will man der heutigen jungen Generation erklären, dass die weltweite Umweltzerstörung nicht nur die pflanzlichen und tierischen Arten, sondern mit ihnen den zukünftigen Lebensraum des Menschen selbst zerstört? Bei jeglicher Innovationsförderung in Wirtschaft und Gesellschaft muss die Politik stärker Umwelt- und Gesundheitsaspekte berücksichtigen.

Ein anderes Europa

Blickt man 72 Jahre zurück, so wurde in Europa viel erreicht. Der größte Erfolg ist mehr als 70 Jahre Frieden in der Europäischen Union. Dies ist umso bemerkenswerter als in der gleichen Zeit mehr als 50 Kriege weltweit gewütet haben. Während dieser Zeit gab es kein Jahr ohne Krieg auf der Welt, allein 18 im Jahr 2016. Willy Brandt hat die überragende Bedeutung des Friedens in dem Satz gewürdigt: "Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts." Für die nach 1945 Geborenen, die in Frieden aufwachsen durften, scheint dieses großartige Privileg zunehmend weniger bewusst zu sein.

Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle, Stahl und Schrott 1952 und dem damit verbundenen Bestreben - zumindest sektoral - Souveränität von den neu erstarkenden Nationalstaaten auf eine Hohe Behörde zu übertragen, begann eines der

größten Modernisierungsprojekte seit der Industrialisierung. Durch den gemeinsamen Markt, den Binnenmarkt hat sich eine enorme ökonomische Dynamik und die EU zur größten Wirtschaftszone der Welt entwickelt. Zwar haben alle von dem erwirtschafteten Wohlstand profitiert, allerdings ist der Wohlstand ungleich verteilt.

Die Abschaffung der Grenzen durch das Abkommen von Schengen, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die Niederlassungsfreiheit, die Mobilität der Jugendlichen (Erasmus, Mundus, Tempus, Leonardo, Jugend in Aktion usw.) sind weitere Erfolge europäischer Einigungsversuche.

Durch die Auflösung der Sowjetunion und die damit einhergehenden epochalen Veränderungen, wurde die Anziehung der EU für Osteuropa so groß, dass sich Diktaturen zu Demokratien wandelten, aus Feinden Nachbarn wurden und die Spaltung Europas aufgehoben wurde.

Gründe für die zunehmende Funktionsunfähigkeit der EU

Diese großen Erfolge wurden begleitet von erheblichen, immer wieder auftauchenden Krisenerscheinungen, deren jüngste sich zu einer existenziellen Krise verschärfte. Diese Krise offenbart nach unserer Auffassung das Scheitern des bisherigen Modells, Europa bauen zu wollen. Begründungspunkte:

> Die zunehmende Globalisierung - damit einerseits die einhergehende Entnationalisierung bei gleichzeitiger Renationalisierung hebeln mehr und mehr das schwerfällige und zeitraubende intergouvernementale Brüsseler Verhandlungssystem aus.

> Im Streit blockieren sich die Föderalisten und die Intergouvernementalisten gegenseitig und lassen nur kleinste funktionalistische Fortschritte zu. Die einen beklagen ein massives Demokratiedefizit und ineffiziente Entscheidungsverfahren, während die Anderen eine zunehmende Zentralisierung Europas fürchten.

> Die vornehmliche Konzentration der Brüsseler Behörden auf ökonomische Sachverhalte, marktrational und bürokratisch, hat bisher wenig Raum für wohlfahrtsstaatliche Notwendigkeiten übrig.

> Von Beginn an war das Projekt EU-Europa ein Projekt der europäischen Eliten, an dem der „normale“ Mensch auf der Straße keinen Anteil hatte und bis heute nicht hat. Als Beleg kann man die abnehmende Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl 1979 oder das Ergebnis einer vor einiger Zeit durchgeführten Umfrage unter 15000 Europäern anführen. Hiervon gaben 55 Prozent an, sie seien erleichtert oder es sei ihnen egal, wenn die EU aufgelöst würde.

> Die alten Nationalstaaten waren und sind nicht in der Lage, ein ähnliches soziales Sicherungssystem für Europa aufzubauen. Sie verhindern weder die Auslagerung von Arbeitsplätzen, noch ein Sozialdumping. Solidarität zwischen den Völkern als notwendiger

Integrationsfaktor funktioniert nicht, wie uns die Flüchtlingskrise mehr als deutlich gezeigt hat.

> Zu keinem Zeitpunkt wurde darauf hingewirkt, nun sei es an der Zeit, Europäer zu machen, nachdem man Europa gemacht habe. Dies meint, wir sind weit von der Bildung einer europäischen Identität entfernt.

Der "kategorische Imperativ" für Europa.

Damit Europa den Erfordernissen der Globalisierung genügen und in einer globalisierten Welt als selbstbewusstes Subjekt handeln kann, brauchen wir eine föderale Union, ausgestattet mit souveränen supranationalen Institutionen in der Außen- und Sicherheitspolitik, der Wirtschafts-, Budget- und Steuerpolitik, eine Asyl- und Migrationspolitik und eine gewisse gemeinsame Sozialpolitik.

Diese Makro-Ebene, Europäische Union, bedarf zwecks ihrer Weiterentwicklung zu einer Föderation neuer Art eines unabdingbaren Fundaments auf der Mikro-Ebene, den Gemeinden in den Regionen.

Während auf der Makro-Ebene Demokratie als Staatsform durchaus ihren Platz hat, braucht diese als notwendige Voraussetzung ihrer Funktionsfähigkeit die Demokratie als Lebensform auf der Mikro-Ebene. Gemeinsam gewährleisten die Makro- und die Mikro-Ebene die Regierungsfähigkeit einer Föderation neuer Art mit der Subsidiarität als Strukturprinzip, ein postnationales Europa.

Die Menschen vermissen Zielvorgaben, fantasievolle Gestaltungskraft in der Politik. Sie wissen nicht, für welche Überzeugung die Politiker stehen. Sie haben den Eindruck, Überzeugungen würden je nach Chancen des Machterhalts angepasst, damit die Wiederwahl nicht gefährdet ist. Auf breiter Front nimmt die Entpolitisierung zu, der Rückzug ins Private.

Besorgniserregend verstärkt sich dieser Trend bei Jugendlichen. Falls eine Gesellschaft ihrer Jugend keine Zukunftsperspektive mehr bieten kann, wird diese Gesellschaft gefährlich instabil. Wir brauchen Visionen, durchdachte mutige Wegweiser für eine mitmenschliche Zukunft. "Wo keine Vision ist, werden die Menschen wild und wüst", wie es schon in den Sprüchen Salomons heißt.

Als vorläufiges Fazit können wir sozusagen einen "kategorischen Imperativ" für Europa formulieren:

Wir brauchen mehr Europa, weniger Nationalstaat und mehr Demokratie!!!

Mehr Europa brauchen wir, um die Globalisierung im Sinne europäischer Werte aktiv mitgestalten zu können, anstatt lediglich ihr getriebenes Objekt zu sein.

Weniger Nationalstaat brauchen wir, weil wir durch deren notwendigen Verlust an Nationalstaatlichkeit auf der einen mehr an Europafähigkeit auf der anderen Seite gewinnen.

Der Diskurs muss in den Kommunen und Regionen sowie in den sozialen Medien geführt werden. Wir brauchen einen grenzüberschreitenden Bürgerdialog.

Mehr Demokratie brauchen wir, weil nur durch deren Verwirklichung als Lebensform der einzelne Mensch Orientierung und Identität in einer zunehmend unübersichtlichen Welt bewahren kann.

Eine bürgernahe, stabile, fiskalisch solide und demokratisch verankerte EU kann auch ein inspirierendes Modell für Integrationsräume in anderen Weltregionen sein.

Die Vernetzte Soziale Marktwirtschaft - das Modell für die Zukunft

Soziale Marktwirtschaft ist eine Verbindung von Produktion bei Wettbewerb auf Märkten mit vernünftiger Sozialpolitik – angesichts von Globalisierung und Digitalisierung kommt dem Gedanken der Vernetzten Sozialen Marktwirtschaft große Bedeutung zu; auch im Sinn von Internationalisierung der Sozialen Marktwirtschaft, mit wachsenden digitalen Netzwerken einerseits und andererseits Multilateralismus als neue vernetzte Ordnungspolitik. Soziale Marktwirtschaft als Qualitätsmerkmal braucht Erneuerung; und Bündnispartner weltweit.

Vernetzte Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert neu denken: Innovative Politik

- **Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland und in der EU hat viele Vorteile für sehr viele – die Menschen hier haben eine Lebenserwartung, die 2 Jahre höher als in USA ist, die Säuglingssterblichkeit (auch dank Schwangeren-Vorsorgeuntersuchung) liegt unter den US-Werten. Das reflektiert die Qualität der Sozialpolitik sowie gerade auch des Gesundheitswesens in Europa und insbesondere in Deutschland.**

Die Soziale Marktwirtschaft steht für Freiheit, Chancengleichheit und Solidarität; allerdings in Deutschland bei Problemen mit der Chancengleichheit, da Kinder aus einfachen sozialen Schichten nach OECD-Angaben weniger leicht durch höhere Bildung aufsteigen können als in vielen anderen Industrieländern. Für mehr Chancengleichheit und leistungsfähige Gesundheitspolitik sollte der Staat bessere Rahmenbedingungen setzen; auch für mehr vernetzte digitale Bildung, Weiterbildung. Hochschulbildung. Im Hochschulbau kann man über innovative PPP-Projekte, wo Staat und Private zusammen arbeiten, höhere Effizienzgrade/Kostenvorteile mobilisieren; im Hochschulbau könnten Reinvestitionen auch europäisch von vernetzten Anbietern – nach Ausschreibungen – so realisiert werden.

- **Soziale Marktwirtschaft deutscher und europäischer Prägung muss sich im globalen Innovationswettbewerb – bei weiterem Vordringen Chinas – weltweit behaupten. Das verlangt ein Mehr an Innovationsförderung, Weiterbildung und Förderung von hohen Standards sowie Stärkung von Vertrauen in kluge Anreize und Institutionen.**

Der Staat hat in der Sozialen Marktwirtschaft Aufgaben ordnungs- und wirtschaftspolitischer Art: international und national. Zu diesen Aufgaben gehört auch eine umfassende Forschungsförderung, damit Deutschland als Standort in der internationalen Standortkonkurrenz und im Außenhandel weiter wettbewerbsfähig bleibt. Die Wissens- und Technologieintensität der Produktion wird zunehmen und daher werden Bildung und Weiterbildung eine größere Rolle spielen. Hier ist der Staat mit Informationen und Anreizen gefragt – nicht nur für qualifizierte Arbeitnehmer, sondern auch für Ungelernte. Neuere wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass Unternehmen an Weiterbildung bei Ungelernten ähnlich interessiert sind wie bei qualifizierten Arbeitnehmern; dass aber

Hindernisse wie Prüfungsangst oder Fehlen an sichtbaren Vorbildern Ungelernte weniger häufig den Weg der Weiterbildung einschlagen lassen. Das gilt es zu ändern: Ungelernte und Qualifizierte sollten in Sachen Weiterbildung gezielter angesprochen und zudem digital gefördert werden. Im Bereich der Weiterbildung engagiert sich in Deutschland der Mittelstand stärker als die Großunternehmen. In Deutschland und Europa gilt es darauf zu achten, dass der in den USA seit viele Jahren zu beobachtende Vertrauensrückgang von Menschen gegenüber Großunternehmen und großen Banken sich nicht ähnlich negativ entwickelt: Es bedarf hier eines Plus an ethischen Grundsätzen im Management, aber auch neuer gesetzlicher Vorgaben bei Technikversprechen von börsennotierten Unternehmen in Europa: Künftig sollten Vorstandschef/in und Technikvorstand in einem Anhang zur Bilanz im Rahmen einer eidesstattlichen Erklärung versichern, dass in veröffentlichten Firmen-Dokumenten und Werbeaussagen gemachte Qualitätszusicherungen für Kunden, etwa bei Emissions- und Verbrauchswerten, korrekt sind (das entspräche grundsätzlich dem in den USA eingeführten erfolgreichen Sarbanes-Oxley-Gesetz bei entsprechenden Zusicherungen zu den Finanzdaten in der Bilanz, wofür Vorstandschef und Finanzvorstand in einer gemeinsamen Erklärung gerade stehen müssen). Vertrauen und Glaubwürdigkeit sind ein hohes Gut in einer Sozialen Marktwirtschaft. Die Sicherung von Vertrauen und Datenschutz in digitalen Netzwerken ist ein neuer Bereich, der für die Menschen wesentlich ist. Dabei sollten staatliche Mindestqualitätsvorgaben die Integrität des Internets verstärkt absichern helfen; etwa indem alle WLAN-Verbindungen in Hotels – anders als bisher - zertifizierte Qualitätsstandards nachweisen müssen. In den Unternehmen sind hohe Arbeitssicherheitsstandards wichtig. Umweltqualität kann durch marktwirtschaftliche Politik mit erreicht werden, auch durch Umwelt-Qualitätssiegel; bei Investoren sollte ein Fokus verstärkt auf OECD-kompatiblen Nachhaltigkeitsindikatoren liegen (z.B. EIIW vita Indikator).

- **Soziale Marktwirtschaft heißt, dass auch die ärmeren Schichten fair am Wachstumsprozess teilhaben; also auch ein reales Einkommenswachstum für sich zuverlässig erwarten können. Gute Rahmenbedingungen und Politik sind gefordert.**

Das Wirtschaftswachstum seit 2010 in Deutschland ist erfreulich stabil, hat aber nicht allen Arbeitnehmern und Schichten reale (kaukraftbereinigte) Einkommenssteigerungen gebracht. Die Bundesregierung sollte sich künftig stärker für Rahmenbedingungen und Programme – etwa bei der Weiterbildung – engagieren, die reale Einkommenszuwächse auch für ärmere Schichten sichern helfen. Bei guter Lage der Sozialkassen kann man an die schrittweise Aufstockung von Kleinstrenten denken. Denn verantwortlicher Politik liegen alle sozialen Gruppen mit besonderen Problemen am Herzen, von den Flüchtlingen über Geringverdiener bis hin zu den Studierenden und den Rentnern mit geringen Rentenbezügen. Es ist im Sinn moderner Gerechtigkeitskonzepte, nämlich der Gerechtigkeitstheorie von John Rawls, dass auch mit staatlicher Hilfestellung die Einkommen der unteren Schichten wachsen sollen.

- **Internationalisierung der Soziale Marktwirtschaft via G20 ist wichtig: Soziale Marktwirtschaft braucht eine zuverlässige Finanzierung über Beiträge in der Sozialversicherung und über Steuern auf Löhne und Gewinne – aber die Gewinnbesteuerung ist im Zuge der Globalisierung bedenklich abgeschwächt. Daher also soll das Thema Mindestbesteuerung von Unternehmen endlich auf die künftige G20-Agenda gesetzt werden; Vernetzte Soziale Marktwirtschaft ist nötig.**

Die effektiven Körperschaftssteuersätze auf die Unternehmensgewinne drohen in vielen Industrie- und Schwellenländern zu sinken. Das unterminiert die Finanzierungsbasis der Steuereinnahmen insgesamt und droht damit in Deutschland und Kontinentaleuropa den Sozialstaat zu schwächen. Gegen diese und andere Besteuerungsdefizite sollte sich

Deutschland zusammen mit anderen wehren und das Thema Mindestbesteuerung auf die Agenda der künftigen G20-Gipfel bringen. Viele andere Länder – auch außerhalb Europas – erkennen die Vorzüge einer Sozialen Marktwirtschaft; sind also auch an solider Finanzierung des Sozialstaates interessiert und damit bei G20 auch Bündnispartner für Deutschland.

- **Vernetzte Soziale Marktwirtschaft heißt, dass bezogen auf die EU-Länder die realen Pro-Kopf-Einkommensunterschiede nicht beliebig anwachsen können und einkommensmäßige Aufholprozesse der relativ armen EU-Länder erreicht werden sollen. Hier sind aus verschiedenen Gründen nach 2008 Rückschläge festzustellen, wobei die sehr hohen Exportüberschüsse Deutschlands nicht unproblematisch sind. Hier sind Korrekturen nötig, sinnvoll für die Eurozone und für Deutschland selbst.**

Zunächst ist Eigenverantwortung ein sinnvoller Grundsatz für jedes EU-Land. Aber über den Außenhandel gibt es eine internationale Abhängigkeit und Vernetzung; Exportüberschüsse und spiegelbildlich Nettoimporte von Partnerländern, die sich dann im Ausland notwendig immer mehr verschulden, sollten nicht beliebig hoch sein. 6% wurde in 2011 in der EU als Obergrenze für Exportüberschüsse – relativ zum Nationaleinkommen – festgelegt. Deutschland lag seit 2011 über dieser Grenze und hat 8,5% in 2016 verzeichnet. Während man die US-Kritik an den Überschüssen Deutschlands zurückweisen sollte, da sich die US-Sicht auf die Position der Eurozone insgesamt beziehen muss, sollte Deutschland vereinbarte EU-Regeln einhalten. Schließlich wünscht die Bundesregierung ja auch, dass die EU-Partner EU-Regelwerke beachten. Eine in etwa budgetneutrale Kombination von Mehrwertsteuersenkung – um etwa 4 Prozentpunkte – mit einem 1 Prozent-Anstieg bei den Sozialversicherungsbeitragssätzen (ggf. Zusatz bei Arbeitgeberbeitrag) wird die Kaufkraft der Arbeitnehmer um rund 1% erhöhen, die Importe steigern und daher den EU-Partnerländern zu höheren Exporten verhelfen: Also dort Einkommen und Beschäftigung steigern, was die Eurozone stabilisiert. Das stärkt letztlich auch Deutschland. Untätigkeit beim Exportüberschussthema über Jahre ist im Bundesministerium der Finanzen sichtbar, wichtige Fachaspekte werden offenbar ausgeblendet (z.B. DG ECFIN paper 474, EU-Kommission).

- **Soziale Marktwirtschaft verlangt stabile Banken- und Finanzsysteme. Diese Stabilität muss auch ein Kern der Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien zum BREXIT sein, wo man seitens der EU27-Länder auch künftig auf gemeinsamer Bankenregulierungen EU/UK bestehen sollte – ohne eine solche Vernetzung kommt bald die nächste Bankenkrise in der EU** (s. Welfens, BREXIT aus Versehen, Heidelberg; engl. Übersetzung: An Accidental Brexit, London: Palgrave 2017).

Die schwere Transatlantische Bankenkrise 2007-09 ist wesentlich der übermäßigen Bankenderegulierung in den USA und Großbritannien(UK) zuzuschreiben. Schon im Sommer 2017 hat die Trump-Regierung die US-Bankenregulierung wieder aufgeweicht und ab 2019 dürfte die May-Regierung ähnliche UK-Deregulierungen umsetzen, um das vom BREXIT geschwächte britische Wirtschaftswachstum zu stärken. Eine solche US-UK-Deregulierung würde die EU selbst massiv unter Deregulierungsdruck setzen. Mit einer übermäßigen Bankenderegulierung aber wäre die nächste Bankenkrise in Europa schon wieder absehbar – ein absehbares neues Mega-Risiko, dem man klar entgegenwirken soll. In den Verhandlungen der EU mit Großbritannien sollte eine Kooperationspolitik in der Bankenaufsicht unabdingbar festgelegt werden – sonst kann man einen Vertrag für einen künftigen britischen EU-Binnenmarktzugang nicht ernsthaft verantwortlich abschließen.

Wirtschaftspolitik- und Reformperspektiven

7. In der Eurozone sind institutionelle Reformen nötig und möglich. Dabei kann man über eine höhere Ausgabenquote in der EU nachdenken, zumal die Forschungsgruppe Wahlen mit Blick auf Europa-Wahlen betont, dass die Wähler relativ häufig eine Stimmabgabe für radikale Parteien erwägen, da sie die EU-Politikfelder kaum klar wahrnehmen können.

Der Euro und die Europäische Zentralbank sind wichtige institutionelle Anker der EU-Integration und des Wohlstandes. Auch für eine bessere Stabilitätspolitik wäre ein größerer Haushalt der Eurozone – mit Schwerpunkten bei Infrastruktur und Verteidigung sowie den ersten sechs Monaten Arbeitslosenversicherung – sinnvoll. Der Internationale Währungsfonds hat betont, dass ein Konjunkturschock den Konsum in der Eurozone dreifach so stark negativ beeinflusst wie in den USA, wo man über umfassende Optionen der Stabilitätspolitik auf der obersten Politikebene verfügt. Eine erhöhte staatliche Ausgabenquote kann mit Effizienzgewinnen (z.B. Beschaffungsseite des Staates) einher gehen, was insgesamt langfristige Steuersatzsenkungen erlauben kann. Sofern national in Verfassungen aller Länder der Eurozone eine Schuldenbremse eingebaut werden kann, mag man Flexibilisierungen der 3%-Defizitquote des Stabilitäts- und Wachstumspaktes erwägen. Für ein gutes Mehr an Europa gilt es Bürgerinnen und Bürger im Dialog zu gewinnen; die EU sollte eine einfachere und zugleich mehr transparente Institutionen-Architektur erhalten.

8. Die Europäische Union ist ein wichtiger Akteur zur Verteidigung des Multilateralismus, das heißt: es findet international ein mehrere Länder gleichzeitig umfassender Interessenausgleich statt. Bilateralismus (wie bei der Trump-Administration betont) ist abzulehnen, zumal kleine Länder damit faktisch unterdrückt werden. Die Internationalen Organisationen sind zu stärken, damit vernetzter Dialog zum Nutzen aller gelingen kann.

Europäische und globale Stabilität und Frieden in Europa und der Welt beruhen wesentlich auf ökonomischer Vernetzung und handlungsfähigen Internationalen Organisationen, wie etwa die Welthandelsorganisation, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der IWF und die UN. Deutschland und andere EU-Länder haben diese Organisationen über Jahrzehnte gestärkt und die Aufnahme Chinas und Russlands in die Welthandelsorganisation war ein historischer Schritt. Multilateralismus gibt, so hat der WTO-Generalsekretär in einer Rede in 2016 betont, auch kleineren Ländern Mitwirkungschancen und beschränkt die Übermacht von sehr großen Ländern durch Verankerung aller in einem regelgebundenen System; das ist zum Nutzen aller Länder und auch Teil vernetzter globaler Chancengleichheit.

Dr. Dr. h.c.(mult.) Winfried Böttcher, vormals Professor für Internationale Politik an der RWTH Aachen, Wissenschaftlicher Leiter des Masterstudiums "Europäistik" an der Universität Klaipėda

Dr. Paul JJ Welfens, Jean Monnet Lehrstuhl; Professor für Makroökonomische Theorie und Politik, Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal

August 2017